

# Tätigkeit internationaler Akteure in Bosnien und Herzegowina

Christian Millotat

**B**osnien und Herzegowina hat seit Juli 2007 einen neuen Hohen Beauftragten, den slowakischen Diplomaten Miroslav Lajcak. Der fünfte Hohe Beauftragte für das Umsetzen der zivilen Aspekte des Friedensabkommens von Dayton (Dayton Agreement) von 1995, seit 2002 zugleich der Spezielle Vertreter der Europäischen Union (High Representative/EU Special Representative). Das »Peace Support Implementation Council Steering Board« (PIC- Steering Board) des ihm vorgesetzten, aus 55 Ländern und Organisationen bestehenden Friedensimplementierungsrats (PIC-Peace Implementation Council), hatte bei seiner Sitzung Ende Februar 2007 in Brüssel die Tätigkeit von Christian Schwarz-Schilling beendet. Der erste deutsche Hohe Beauftragte ist entlassen worden, auch wenn dieser Termin nicht benutzt wird. Die deutschen verantwortlichen Stellen haben dies nicht verhindert. Das deutsche Ansehen in Bosnien und Herzegowina ist dadurch sicher beschädigt worden. Das Amt des Hohen Beauftragten, so wurde in Brüssel gegen die Stimme Russlands entschieden, bleibt jedoch bis zum 30. Juni 2008 erhalten. Schwarz-Schilling

hat an dieser Entscheidung maßgeblich mitgewirkt. Er wollte neben einem Speziellen Vertreter der EU den Hohen Beauftragten mit einem verkleinerten Stab und den »Bonn Powers« erhalten sehen. Bis Ende 2006 war angestrebt worden, zum Sommer 2007 dieses Amt abzuschaffen und nur noch einen Speziellen Vertreter der EU im Lande wirken zu lassen. Viele hatten erwartet, dies werde Schwarz-Schilling sein. Sie haben sich getäuscht. Schwarz-Schilling wurde vom »PIC- Steering Board« beauftragt, vor seinem Abgang einen Arbeitsplan vorzulegen, der Aufschluss darüber gibt, welche Forderungen des »Dayton Agreement« noch umgesetzt werden müssen und welche Schritte notwendig sind, die Reform der staatlichen Einrichtungen zu begleiten und zu festigen. Der Stab des Hohen Beauftragten, das »Office of the High Representative«, ist nach den Wünschen von Miroslav Lajcak personell neu zusammengesetzt worden. Mancher bisherige Mitarbeiter des Hohen Beauftragten hat seinen Posten verloren, andere sind jedoch geblieben, hoffentlich die Qualifiziertesten. Die Zäsur regt dazu an, Antriebe und Tätigkeit der internationalen Akteure im Lande exemplarisch daraufhin zu untersuchen wie sie bisher den Aufbau des Landes sowohl befördert als auch verzögert haben.

Das Scheitern von Schwarz-Schilling als Hoher Beauftragter hat eine tragische Seite. Viele Anwürfe, die gegen ihn gemacht



Übergabe der Amtsgeschäfte des EU Special Representative im Juli 2007 von Dr. Christian Schwarz-Schilling (re.) an den slowakischen Diplomaten Miroslav Lajcak. Fotos: EU



Sitzung des PIC.

werden, hat er vermutlich nicht verdient. Er hat sein Amt mit dem Ziel angetreten, seine Mitarbeiter zu einem neuen Arbeitsstil zu verpflichten: Sie sollten sich bei der täglichen Arbeit zurücknehmen, in ihren Verantwortungsbereichen die Politiker, Soldaten und Meinungsträger des Landes mit Fingerspitzengefühl und Geduld beraten, die neu geschaffenen Ministerien und Einrichtungen respektieren. Aber er hat auch Fehler begangen. Sein missglückter Umgang mit den »Bonn Powers«, die das PIC im Dezember 1997 in Bonn zur Stärkung der Hohen Beauftragten als Disziplinierungs- und Zuchtmittel zum Durchsetzen der Ziele des »Dayton Agreement« beschlossen hatte, sind eine Ursache seines Scheiterns. Zuerst lehnte er ihre Anwendung besserwisserisch aus moralischen Gründen ab, dann drohte er mit ihnen, wendete sie aber nicht an, kämpfte dann aber Ende 2006 in den Hauptstädten, die er bereiste, für ihre Erhaltung. Hinzu kommt, dass er seinen Stab unzweckmäßig strukturierte und keine transparente, auf das Vermeiden von Friktionen ausgerichtete Aufgabenverteilung vornahm. Hierzu hätte es ausgeprägter Managerfähigkeiten bedurft. Die Wirklichkeit sah anders aus: Offensichtlich konnten und wollten sich nicht alle seine Mitarbeiter mit seinen Vorstellungen und seinem Arbeitsstil identifizieren.

## Arbeit des PIC

Die Vertreter der internationalen Akteure in Bosnien und Herzegowina haben wie die Hohen Beauftragten überwiegend in gutem Glauben und mit bestem Willen in einem seit Ende des Krieges entstandenen Beziehungs- und Arbeitsgeflecht gewirkt. Der PIC überwacht den Friedensprozess und soll Ziele für seine weitere Umsetzung definieren. Als Exekutivorgan des PIC wirkt das angesprochene »PIC-Steering Board«. Es trifft sich einmal im Jahr

auf der Außenministerebene und gibt dem Hohen Beauftragten Leitlinien für das Handeln vor. Die Mitglieder dieses Organs sind Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Japan, Kanada, Russland, USA, die Europäische Kommission, das EU-Präsidium und die von der Türkei vertretene Islamische Konferenz. Der Hohe Beauftragte trifft sich einmal in der Woche mit den Botschaftern der Länder, die im »PIC-Steering Board« vertreten sind, zu Koordinierungsgesprächen. Die internationalen Akteure wie die Leiter der OSCE, des »United Nations Development Program« (UNDP), NATO HQ Sarajevo und der Kommandeur der EUFOR unterrichten sich gegenseitig in einem »Board of Principles« unter Leitung des Hohen Beauftragten, dessen Einsetzung in der Anlage 10 des »Dayton Agreements« angeregt worden ist.

Von Seiten der Hohen Beauftragten erfolgte die Aufbauarbeit in Bosnien und Herzegowina entgegen der Lehren von Clausewitz nicht nach einem strategischen Plan, den sie auf der Grundlage des »Dayton Agreement« hätten erarbeiten müssen. Vor 2003 ließen sie durch ihren Stab keine strategischen Ziele entwickeln. Erstmals 2003 ließen sie Mandatsumsetzungspläne erarbeiten (MIP), die jedoch nur Ziele für das bevorstehende Jahr enthalten. Auch der Sachverhalt, dass sich die Prioritäten einzelner Hoher Beauftragter sehr unterschieden, war einer kontinuierlichen, nach großen Linien bruchlos vorgehenden Aufbauarbeit abträglich. Wo der eine Entscheidungen lieber aufgezwungen hätte, suchte der andere den Kompromiss. Die Aufbauarbeit erfolgte damit überwiegend nach intuitiven Führungs- und Entscheidungsprozessen im Sinne des spanischen Sprichworts: »Es gibt keine Straßen, sie entstehen beim Gehen.«

General Carl von Clausewitz hat auf die Schwächen so gestalteter Führungs- und Entscheidungsprozesse hingewiesen. »Wenn es darauf ankommt,« sagte er in seinem Werk »Vom Kriege«, nicht selbst zu

handeln, sondern andere zu überzeugen, dann kommt es auf klare Vorstellungen, auf das Nachweisen des inneren Zusammenhangs an; und weil die Ausbildung in diesem Stück noch so wenig fortgeschritten ist, so sind die meisten Beratungen ein fundamentloses Hin- und Herreden, wobei entweder jeder seine Meinung behält, oder ein bloßes Abkommen aus gegenseitiger Rücksicht zu einem Mittelwege führt, der eigentlich ohne allen Wert ist.« Die Hohen Beauftragten hätten die Regelungen des »Dayton Agreement« in eine Handlungsstrategie umsetzen und ihrer mentalen Dimension viel Gewicht beimessen müssen. Sie nahmen hin, dass es in ihrem Aufgabenbereich zu einem Nebeneinanderherarbeiten unterschiedlich geprägter Akteure kam, zu regelrechten »Clashes of Cultures«, wie sie Samuel Huntington genannt hat. In diesem Bereich haben sie kläglich versagt. Sie suchten alle zu wenig nach Kontinuitätssicherungen ihrer Arbeit und nahmen gegenüber mächtigen Akteuren sicher auch zu viel Rücksicht.

## Fehler langfristig korrigieren

Viele Fehler und Ungeschicklichkeiten, die in Bosnien und Herzegowina vor allem von den US-Amerikanern gemacht worden sind, können – wenn überhaupt – nur langfristig korrigiert werden. Die USA haben von Anfang an umfangreiche Geldmittel und Kräfte für den Aufbau von Bosnien und Herzegowina zur Verfügung gestellt, weit mehr als die Europäer. Ihre Vertreter im Lande haben aber zu oft ihre nur in den USA wirkungsmächtigen Wertevorstellungen und Handlungsmuster den hiesigen Meinungs- und Leistungsträgern zu oktroyieren versucht und sind damit nicht durchgedrungen. Dies wird am Beispiel der gescheiterten Verfassungsreform von 2006 und der häufigen Wahlen in Bosnien und Herzegowina deutlich. Die Verfassungsreform ist von einem früheren US-amerika-

nischen Stellvertreter des Hohen Repräsentanten, Don Hays, nach dessen Pensionierung initiiert sowie vorangetrieben worden und 2006 an zwei fehlenden Stimmen in der Parlamentarischen Versammlung von Bosnien und Herzegowina gescheitert. Hays wurde vom »US State Department« und vom hiesigen amerikanischen Botschafter stark unterstützt.

Die gültige Daytonverfassung ist sicher nicht perfekt, aber – um ein Bild aus der Zeit des amerikanischen wilden Westens zu gebrauchen – man wechselt nicht die Pferde einer »Stage Coach«, wenn diese gerade mit Mühe und Not die Mitte eines reißenden Flusses erreicht hat. Hinzu kommt, dass ihre Möglichkeiten nie vollständig ausgeschöpft worden sind. Hays hat den hiesigen Politikern eingeredet, eine Verfassungsreform müsse sofort angepackt werden. Sein Wirken als ihr Förderer hat

lem aber idealisiert und immer wieder variiert in amerikanischen Filmen dargestellt werden.

Viele Europäer wissen nicht, dass US-Amerikaner auch in unserer Zeit in ihrer Geschichte konkrete Anleitungen zum Denken und Handeln finden und nicht verstehen können, wenn sie mit ihren Ansätzen in anderen Ländern scheitern, die in ihrem Land doch so erfolgreich waren. US-amerikanische Politiker und Diplomaten drängen, geprägt von ihrer Geschichte, wie Soldaten zum Handeln, zur Not mit Gewaltanwendung. Für sie sind, wie es ein Axiom der deutschen Militärkultur besagt, Unentschlossenheit und zögerliches Handeln meist verhängnisvoller als ein Fehlgreifen in der Wahl der Mittel. Ihre europäischen Partner sind weit zögerlicher und scheuen Gewaltanwendung, die für sie das letzte Mittel zum Durchsetzen von Zielen ist. Die

In Bosnien und Herzegowina konnten durch Wahlen solche Abläufe nicht ausgelöst werden, weil seinen Meinungs- und Leistungsträgern Prägungen und Elan der US-Amerikaner vollkommen fehlen, zum Beispiel die Ärmel aufzukrempeln und die politische Zukunft ihres Landes, jeder an seinem Platz, zu gestalten. Durch die vielen Wahlen seit 1996 sind die Bürger von Bosnien und Herzegowina politikmüde geworden. Mitleid mit vom Krieg gezeichneten Mitbürgern und Bürgersinn dafür, dass der Aufbau des jungen Staates im Mittelpunkt aller Bemühungen stehen müsste, sind viel zu selten anzutreffen. Viele Politiker wollen noch immer vor allem Privilegien ergattern, sie genießen und verteidigen, falls sie bedroht werden. Glücklicherweise ist niemand aus der internationalen Gemeinschaft auf die Idee gekommen, die Verfassungsreform mit den Gewaltmitteln des wilden Westens in moderner Form, etwa durch Anwenden der »Bonn Powers« des Hohen Beauftragten, durchsetzen zu wollen oder zu einem pädagogischen Kreuzzug zum Schaffen demokratischer, verantwortungsbewusster Staatsbürger aufzurufen, wie er in der US-amerikanischen Geschichte häufig initiiert und geführt wurde. Aber auch die Antriebe anderer internationaler Akteure hatten und haben erheblichen Einfluss auf die Qualität der Arbeit beim Aufbau des Landes. Beispiele aus meinem Aufgaben- und Arbeitsbereich sollen dies im Folgenden belegen.



Bundesverteidigungsminister Franz Josef Jung (li.) zu Gesprächen beim EU Hohen Beauftragten Schwarz-Schilling.

Energien, die in anderen Bereichen gebraucht worden wären, in die falsche Richtung gelenkt. Schwarz-Schilling hat nach seiner Ankunft in Bosnien und Herzegowina im Februar 2006 das weit vorangeschrittene Projekt zu seiner Angelegenheit gemacht, wohl auch, um das Verhältnis mit den US-Amerikanern nicht zu belasten.

Das gescheiterte Verfassungsreformprojekt wird von vielen im Lande und in der internationalen Gemeinschaft als verfrüht beurteilt. Kritisiert werden auch die von der US-amerikanischen Seite initiierten Wahlen im Lande, seit 1996 fünf und drei Wahlen auf der Gemeindeebene. Der Glaube vieler US-amerikanischer Politiker – Diplomaten und Soldaten – Wahlen würden den Weg in ein demokratisch strukturiertes, vorwärts strebendes und rechtssicheres Gemeinde- und Staatswesen quasi automatisch öffnen, gründen auf den Besonderheiten des Verlaufs ihrer Geschichte, die in der amerikanischen Literatur, vor al-

Geschichte der Intervention der internationalen Gemeinschaft auf dem Balkan belegt diesen Unterschied deutlich, und das führt wie auch in Afghanistan immer wieder zu Missverständnissen zwischen US-Amerikanern und Europäern.

Hohe Beauftragte müssen diese kulturellen Unterschiede kennen, um mit orchestrierender Hand ihre Aufgaben wahrnehmen zu können. Neben den aufgezeigten Managerfähigkeiten bedürfen sie daher auch gediegener Kenntnisse der Kulturen der in ihrem Verantwortungsbereich tätigen Vertreter aus vielen Nationen. Ob sie in hohen nationalen politischen oder diplomatischen Positionen ausreichend erworben werden können, ist vor dem Hintergrund der auf der Hand liegenden Pannen und Versäumnisse, die den hohen Vertretern der Vereinten Nationen, anderer Organisationen und der beteiligten Länder im Kosovo, im Irak und in Afghanistan angelastet werden müssen, fraglich.

## Von SFOR zu EUFOR

Beim Übergang der von der NATO geführten SFOR zur von der EU geführten EUFOR fand keine gründliche Lagebeurteilung darüber statt, welche Handlungsfelder unter dem Mandat »Aufrechterhalten eines sicheren Umfelds« der Interventionstruppe unter der neuen Führung konkret bearbeitet werden sollten. Man machte einfach weiter wie bisher. Die in der Anlage 10 des »Dayton Agreement« angeregten und festgelegten Arbeitsbeziehungen zwischen dem Hohen Beauftragten und dem Kommandeur der SFOR, jetzt EUFOR, – Informationsaustausch, Verbindung, gemeinsame Sitzungen, Einholen von Rat des Hohen Beauftragten in politischen Fragen –, und die Zusammenarbeit mit anderen Organisationen wie der OSCE und dem neu geschaffenen NATO HQ Sarajevo, das für die operative Umsetzung der Planungen der Verteidigungsreformkommission beim NATO-Gipfel von Istanbul im Juni 2004 mit der Federführung beauftragt worden war, wurden offenbar nicht dazu genutzt, zu untersuchen, wie die Zusammenarbeit aller Akteure im Lande hätte verbessert werden können. Auch das Ermitteln von inhaltlichen Feldern, zum Beispiel in den Bereichen

CIMIC oder Polizei, wurde unterlassen. Auch hätte die EUFOR viel früher als erst 2007 auf eine kampfkraftige, hoch mobile Reserve als Kern reduziert werden können. Viel zu lange wurde ihr Einsatzwert nach ihrer Kopfstärke beurteilt und nicht nach ihren Fähigkeiten. Auch der Hohe Beauftragte argumentierte als militärischer Laie entlang dieser Linie.

Das NATO HQ in Sarajevo hat 2007 noch immer nicht erkannt und artikuliert, dass es in Zusammenarbeit mit den etwa 15 pensionierten Offizieren des vom »US-State Department« finanzierten, kontrollierten und geleiteten »Military Resources International Assistance Programme« (MPRI) und seinen rund 15 eigenen Offizieren aus NATO-Staaten den Aufbau der neuen Streitkräfte nicht bewältigen kann. Dem Generalstabschef von Bosnien und Herzegowina muss aus der EUFOR kommendes zusätzliches Personal zur Verfügung gestellt werden, das beim Aufbau der neuen Truppenteile und bei der Ausbildung ihrer Stäbe zusätzliche Unterstützung leisten kann. Die zukünftigen Brigade- und Bataillonsstäbe der neuen Armee müssen in Verfahren der Stabsarbeit im Friedensdienstbetrieb und im Einsatz geschult werden. Hierzu haben weder der Generalstabschef noch seine Offiziere klare Vorstellungen, genügend Berufserfahrung – der Generalstabschef hat den Ausbildungsstand eines stellvertretenden Bataillonskommandeurs –, noch im täglichen Miteinander mit Verbündeten erworbene Vergleichsmöglichkeiten unterschiedlicher Militärkulturen und Stabsysteme. Auch fehlt bei der Führung der neuen Armee noch jede Vorstellung, nach welchen taktischen Einsatzgrundsätzen die neue Truppe ausgebildet werden soll, für das Gefecht der verbundenen Waffen und den Einsatz der verbundenen Kräfte in Friedensmissionen. Der Rückgriff auf die Taktik der früheren jugoslawischen Armee oder auf Kampferfahrungen im zurückliegenden Bürgerkrieg kann nicht Grundlage der Ausbildung einer Truppe sein, die in die NATO strebt. Die Bundeswehr hat für alle Führungsebenen des Heeres solide, in die englische Sprache übersetzte Dienstvorschriften geschaffen, die hierbei benutzt werden könnten. Ich habe dies ohne Erfolg mehrfach vorgeschlagen. Weder Verfahren der Stabsarbeit noch taktische Einsatzgrundsätze können aus Doktrinen unterschiedlicher Streitkräfte »zusammengebastelt« werden, wie dies militärische Laien oft glauben. Bei der Beratung des Generalstabschefs müsste auch endlich die Frage über die zukünftige Rolle der Unteroffiziere und die Aus- und Weiterbildung der Offiziere dringend behandelt werden. Sollen die Unteroffiziere wie in früheren Armeen des Warschauer Paktes nur Funktionäre oder sollen sie wie in Deutschland Führer, Ausbilder und auch Offizierdienst-

tuer sein oder wie in Schweden gar abgeschafft werden? Für diese Fragen gibt es noch keine Antworten.

## Enge Abstimmungen erforderlich

Beim Vorgänger des derzeitigen deutschen Kommandeurs der EUFOR, einem italienischen General, stießen diese von mir mehrfach vorgestellten Defizite ebenfalls auf taube Ohren. Nach weiterem Drängen des deutschen, bis Dezember 2007 eingesetzten deutschen Kommandeurs der EUFOR, Konteradmiral Witthauer und von mir, hat der »Operation Commander« des »EU Operation Headquarters« im Frühjahr 2007 dann doch endlich angeordnet, dass die EUFOR in enger Abstimmung mit dem NATO HQ Sarajevo Wege für eine Ausbildungsunterstützung der Streitkräfte von Bosnien und Herzegowina entwickeln soll. Damit hat der Kommandeur der EUFOR sehr spät das offizielle Mandat

den sollten. Stattdessen kapselte man sich ab und arbeitete nicht wirklich zusammen.

Beim Aufnehmen meiner Dienstgeschäfte in Sarajevo 2006 gab es keine zwischen der OSCE, dem NATO HQ Sarajevo, dem für die Vernichtung von Waffen und Munition zuständigen UNDP und dem hiesigen Verteidigungsministerium abgestimmten Zahlen über die vorhandenen Munitionsmengen, schwere und leichte Waffen. Die in diesem Bereich wirkenden internationalen Akteure arbeiteten nebeneinander her. Ihre Arbeitsfelder überschritten sich, gegenseitige Aversionen und auch Eifersucht der handelnden Personen aufeinander verhinderten eine abgestimmte und systematische Arbeit. Nach der Explosion eines Munitionslagers in der Gegend von Belgrad und in Slowakien mit Toten Ende 2006 und Verletzten, wahrscheinlich hervorgerufen durch Selbstentzündung überlagerter und im Krieg mit schlechter Qualität produzierter Munition, wurde mir deutlich, dass in Bosnien und Herzegowina nur durch rasche und gemeinsame Anstren-



Flottillenadmiral Witthauer (li.), bis Dezember 2007 Kommandeur EUFOR, trifft Dr. Schwarz-Schilling.

erhalten, die Umsetzung der Verteidigungsreformplanungen von Bosnien und Herzegowina aktiv zu unterstützen. Das NATO HQ Sarajevo sollte diese Hilfe rasch annehmen. Das hätte viel früher geschehen können, wenn die Vorgänger des derzeitigen deutschen Kommandeurs der EUFOR im Schulterchluss mit meinem Department und dem NATO HQ Sarajevo die von der internationalen Gemeinschaft zu erbringende Aufbauhilfe für die neue Armee gemeinsam ermittelt und bei ihren Vorgesetzten sowie Organisationen Vorschläge eingebracht hätten, wie im Konzert aller Akteure die neuen Streitkräfte aufgebaut wer-

den. Hinzu kam, dass die Experten meiner »Arms Control Section« in den 27 Munitionslagern des Landes fast 15.000 Antipersonenminen gefunden hatten, so genannte MRUD-Minen, die sowjetische Version der US-amerikanischen Claymor-Mine.

Am 1. Januar 2006 trat das neue Verteidigungsgesetz in Kraft. In seinen Artikeln 70 bis 74 wird festgelegt, dass im Eigentum der Ethnien befindliches »bewegliches« und »unbewegliches« Eigentum der frühe-

ren Armeen – dazu zählen auch Militärgerät, Waffen und Munition – an den neuen Verteidigungsminister transferiert und unter seiner Leitung vernichtet wird. Im Artikel 74 wird ausdrücklich betont, dass jede Verfügung über dieses frühere Armeeeigentum erst nach einer formellen Übergabe möglich ist, die zwischen den Entitäten und dem Staat Bosnien-Herzegowina abgeschlossen werden muss. Die Regierung der Republik Srpska weigerte sich bis Juli 2007, diesen Transfer zu veranlassen und behauptete, er wäre gegen die Verfassung

Auf mein Betreiben haben im ersten Quartal 2007 die für die Rüstungskontrolle zuständigen Organisationen im Land, die EUFOR, das UNDP und das NATO HQ Sarajevo mit juristischem Rat des Hohen Beauftragten und seines Stabes damit begonnen, für die Vernichtung gefährlicher Munition, überzähliger Waffen und Kampfmittel unter meiner Leitung abgestimmte Unterlagen zu erarbeiten, mandatsgerechte Aufgabenverteilungen vorzunehmen und Überlegungen anzustellen, wie der Vernichtungsprozess erheblich beschleunigt

Ich bin bei meiner Offensive, das Bewusstsein dafür zu schärfen, dass eine für die Bevölkerung des Landes gefährliche Sicherheitslage unverzüglich bereinigt werden musste, bei manchem internationalen Akteur zunächst auf zähen Widerstand gestoßen. Die Gründe hierfür liegen in mangelhafter Bildung im militärischen Bereich und sind sicher auch persönlichkeitsbedingt. Der neue Verteidigungsminister hat mich darum gebeten, in der Angelegenheit nicht locker zu lassen. Der Hohe Beauftragte hat den Sachverhalt auf mein Drängen hin eindringlich mit dem Vorsitzenden des Ministerrats besprochen. Ich habe den widerstrebenden Ministerpräsidenten der Republik Srpska, Milorad Dodik, so von internationaler und nationaler Seite unter Druck setzen können, dass er dem Transfer des Militärgeräts, von Waffen und Munition, die von seiner Regierung als Eigentum beansprucht wurden, im Juli dann doch zugestimmt hat. Ein Landesteil ohne Armee kann nicht über militärische Ausrüstung, Waffen und Munition verfügen. Diese Botschaft, die meine Mitarbeiter und ich der Öffentlichkeit des Landes vermittelt haben, ist letztendlich auf fruchtbaren Boden gefallen. UNDP, die EUFOR und nach langem Zögern auch das NATO HQ Sarajevo haben erstmals in einer so wichtigen Angelegenheit mit meinem Department eng zusammengearbeitet. Dies war bisher unbegreiflicherweise noch nie versucht worden.

Folgende Waffen- und Munitionsbestände habe ich einvernehmlich ermitteln können: In Bosnien und Herzegowina gibt es wahrscheinlich ungefähr 125.000 Handfeuerwaffen, von denen etwa die Hälfte meines Erachtens von der neuen Armee benötigt werden. Die schweren Waffen müssen regional übergreifend und balanciert reduziert werden. Von den vorhandenen rund 35.000 Tonnen Munition sind 28.000 von großem und 7.000 Tonnen von kleinem Kaliber. Die neue Armee braucht etwa 5.000 Tonnen großkalibrige und 2.000 Tonnen kleinkalibrige Munition. 28.000 Tonnen sind überzählig und müssen so rasch wie möglich vernichtet werden. Nach erheblichem Druck auf den Verteidigungsminister und den Generalstabschef ist es meinen Mitarbeitern und mir zunächst gelungen, dass Ende April 2007 14.750 Antipersonenminen vernichtet waren.

## Nur gemeinsam zum Erfolg

Gegenseitige Eifersüchteleien, ein unkoordiniertes Drauflosarbeiten und die eigenen Mandate überschreitendes Handeln, das Nichterkennen einer brisanten Sicherheitslage durch die internationalen, für Sicherheit in Bosnien und Herzegowina verantwortlichen Akteure, auch falsche



Miroslav Lajcak, der neue EU Special Representative, beim Besuch der Gedenkstätte für die Toten in Srebrenica.

des Landes. Diese Blockade führte dazu, dass UNDP dieses Militärgerät, Waffen und Munition nicht vernichten konnte.

Im Juni 2004 hatte der Verteidigungsminister auf Betreiben meines Vorgängers ein Moratorium über den Export von Handfeuerwaffen und Munition (MoD Instruction on SALW and associated Ammunition abroad Transfers) für seinen Geschäftsbereich erlassen. Seit Juli 2005 sind alle Waffenexporte aus dem Geschäftsbereich des Verteidigungsministers verboten. Ohne diese Dokumente zu beachten, hat die Präsidentschaft von Bosnien und Herzegowina für Afghanistan eine Spende von 4.500 Handfeuerwaffen und einer Million Schuss Munition auf Druck der US-Amerikaner verfügt. Eine andere Waffenspende für den Irak ist in Bagdad nie angekommen. Dies ist aber nur die Spitze des Eisbergs.

Noch immer lässt der Generalstabschef den Bedarf an Großgerät, Waffen und Munition der neuen 10.000 Soldaten und 5.000 Reservisten starken neuen Armee ermitteln. Dieser Vorgang ist noch nicht abgeschlossen.

werden kann. Mit dem neuen Verteidigungsminister von Bosnien und Herzegowina, dem an US-amerikanischen Ausbildungsstätten geschulten und mir freundschaftlich verbundenen Selmo Cikotic, mit dem Generalstabschef, Generalleutnant Podzic, und innerhalb der internationalen Gemeinde konnte ich Einvernehmen darüber herstellen, dass dieses Feld systematisch und rasch beackert werden muss, um Schaden von der Bevölkerung fernzuhalten, der bei unkontrollierten Explosionen von Munitionsniederlassungen entstehen würde. Die Medien wurden von mir über diesen Sachverhalt unterrichtet. Ich habe dort für meine Positionen im Schlichterschluss mit der Leiterin des UNDP geworben. Diese Zusammenarbeit ist durch ein zwischen der OSCE in Wien und dem UNDP 2006 abgeschlossenen »Memorandum of Understanding« erheblich erleichtert worden. Beide internationale Organisationen arbeiten nun in diesem Bereich eng zusammen, auch um gemeinsam Geldspender zur Vernichtung von Waffen und Munition zu finden.

Schwerpunkte beim Umsetzen der Planungen zur Verteidigungsreform und Beratungsresistenz einzelner Verantwortlicher haben dazu geführt, dass das Vernichten von gefährlichem Kriegsgerät und Munition im Lande erheblich verzögert worden sind. Jetzt sitzen endlich alle Akteure in einem Boot. Die Mitarbeiter meines Departments und die Leiterin des UNDP haben sich erfolgreich darum bemüht, dass Geldgeber gefunden worden sind und der Vernichtungsprozess erheblich beschleunigt werden konnte. Sicherheit im Lande ist die Grundlage für politisches Gestalten. Mit den derzeitigen Waffen- und Munitionsvernichtungskapazitäten sowie Tempi wäre dieser Prozess erst 2015 abgeschlossen. Dieser Zeitantritt ist aus Gründen der Sicherheit für die Bevölkerung des Landes vollkommen inakzeptabel, und diese Auffassung habe ich gegenüber dem Hohen Repräsentanten und den internationalen Mitakteuren im Endergebnis erfolgreich vertreten.

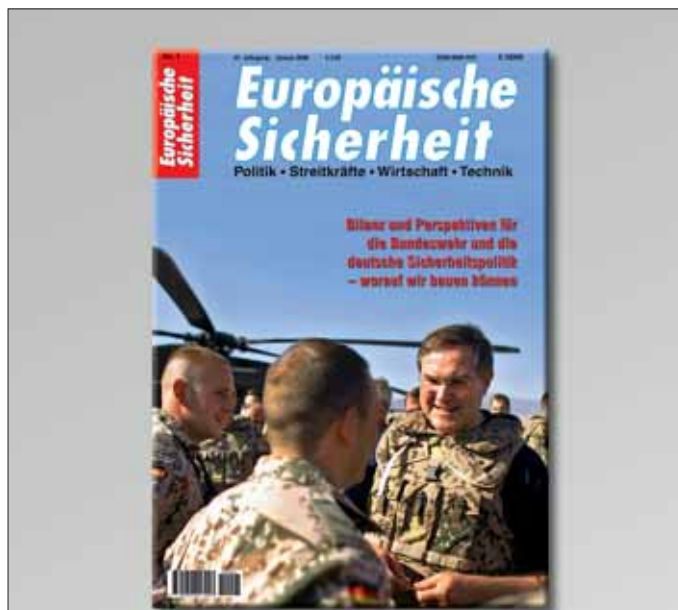
Der von meinem Department aufgebaute Verteidigungsausschuss (Joint Committee for Security and Defence) ist eingerichtet, seine Arbeit spielt sich ein und das Bewusstsein über seine Bedeutung als Organ der parlamentarischen Kontrolle wächst bei Politikern und in der Öffentlichkeit. Entwicklung und Aufbau des Nachrichtenwesens wurden von meinen Mitarbeitern und mir weiter begleitet.

Die Bundeswehr hat nun qualifizierte Offiziere in das NATO HQ Sarajevo abgestellt, die Korsettstangen beim Aufbau der Armee sind. Vor allem – es sei hier wiederholt – der Dienstposten des Stellvertreters und Chefs des Stabes des NATO HQ Sarajevo sollte unbedingt aus den dargestellten Gründen in deutscher Hand verbleiben. Die Führungsakademie der Bundeswehr wird auf meinen Vorschlag hin mit Billigung des Generalinspektors im Juni 2008 zusammen mit meinem Department, dem NATO HQ Sarajevo und der EUFOR ein Seminar für die politisch-strategische, militärstrategische und operative Ebene durchführen, in dem Soldaten und ihre zivilen Mitarbeiter im führungsebenengerechten Denken und Handeln im Rahmen der Gesetze von Bosnien und Herzegowina und der neu geschaffenen Fora für Entscheidungsfindung und Führung von Truppen geschult werden sollen. Die Ausbildung von hohen Offizieren, Politikern und Diplomaten auf der Grundlage des OSCE »Code of Conduct on Politico-Military Aspects of Security« vom Dezember 1994, die von meinem Department in Seminaren durchgeführt wird, ist erfolgreich, wird positiv aufgenommen und wird weiter geführt.

Gegen meine Funktion als Militär- und Sicherheitsberater des Hohen Beauftragten, die in meiner Dienstpostenbeschreibung festgelegt ist, gab es nach meiner Dienstaufnahme Widerstände. Mir wurde geneidet, dass ich unmittelbaren Zugang zu Dr. Schwarz-Schilling hatte, und dass er mein Department persönlich aufsuchte, um sich über sensible Probleme aus meinem Aufgabenbereich zu unterrichten. Dabei beanstandete er, von seinem Stab nur lückenhaft in sicherheitspolitisch relevante Felder sowie Probleme der Sicherheit im Lande, die in meinem Department bearbeitet werden, eingewiesen worden zu sein. Der Hohe Beauftragte hat meine Vorschläge und Forderungen aufgenommen und meistens auch die notwendigen Konsequenzen aus ihnen gezogen. Sein Kabinettschef, der außerordentlich tüchtige und ihm gegenüber sehr loyale Vortragende Legationsrat erster Klasse, Uwe Hartmann, hat mir beim Wahrnehmen dieses Teils meines Aufgabenbereichs sehr geholfen.

Meine Mitarbeiter und ich hoffen, dass der neue Hohe Beauftragte zu einer Form der Zusammenarbeit mit den etablierten internationalen Akteuren im Land findet, die professionell, mandats- und ebenengerecht sowie wirklich in die Zukunft weisend ist. Carl von Clausewitzens Gedanken wären ihm dabei ein guter Ratgeber. ■

*Generalmajor a.D. Christian Millotat war 2006 und 2007 Direktor des »Department of Security Co-operation der OSZE-Mission in Bosnien und Herzegowina und Sicherheitsberater des Hohen Beauftragten.*



## Die führende Zeitschrift für die sicherheitspolitische Community

Politik • Streitkräfte • Wirtschaft • Technologie

Die Leser erhalten jeden Monat analytisch und umfassend

- die Sicherheitspolitik der Bundesrepublik überschaubar präsentiert
- die Einschätzungen zur Sicherheitspolitik und der internationalen Situation aus Sicht der europäischen sowie außereuropäischen Entscheidungen dargestellt
- die Wechselbeziehungen von Politik, Verteidigung, Wirtschaft und Technologie im Gesamtrahmen unserer Sicherheitspolitik verständlich erläutert.

**Gute Gründe, diese Zeitschrift ständig zu lesen!**

- Ich bestelle ein **Europäische Sicherheit**-Probeabonnement. Bitte senden Sie mir drei Ausgaben zum Sonderpreis von € 12,00. Sollte ich nicht nach Erhalt der dritten Ausgabe widerrufen, bin ich mit einer weiteren Belieferung im Abonnement einverstanden.
- Ich abonniere ab sofort für mindestens ein Jahr die **Europäische Sicherheit** zum Jahresabonnementpreis von € 63,50 inkl. Versandkosten.

Ich zahle wie angekreuzt:

Bequem und bargeldlos durch Bankeinzug

Nach Erhalt der Jahresrechnung

Ich bin der neue Abonnent

BLZ:

Name/Vorname:

Kto-Nr.:

Straße/Nr.:

Geldinstitut:

PLZ/Ort:

Datum/Unterschrift:

Datum/Unterschrift:

Bestellung bitte an: Verlagsgruppe Koehler/Mittler, Hochkreuzallee 1, 53175 Bonn

**Koehler/Mittler**  
www.koehler-mittler.de